

Wir haben ein in englischer Sprache vorliegendes Transkript der Rede übersetzt, die der russische Präsident Wladimir Putin am 27. Januar 2021 vor dem virtuellen WEF-Forum in Davos gehalten hat.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 013/21 – 15.02.21

**In seiner Rede vor dem WEF-Forum in Davos
warnt Putin die Welt davor,
wieder in einen Konflikt "Alle gegen alle" zu schlittern –
wie in den 1930er Jahren!**

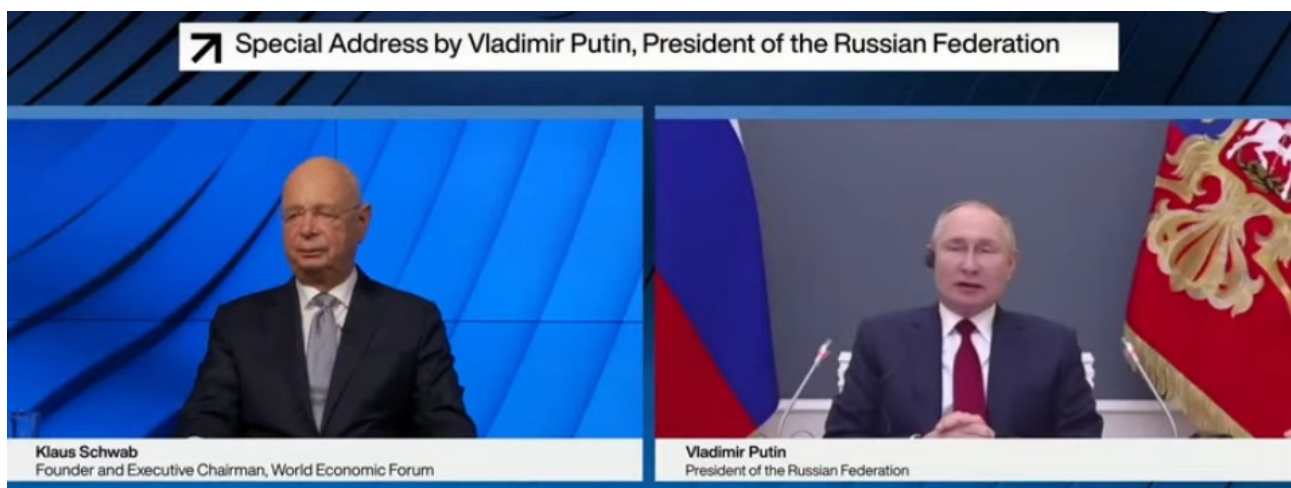
Transkript seiner Rede vom 27.01.21

(<http://www.informationclearinghouse.info/56254.htm>)

Der russische Präsident Vladimir Putin sagte, es bestehe das Risiko, dass die Welt in der durch die COVID-19-Pandemie und die wachsende wirtschaftliche Ungleichheit verursachten Krise in einen Konflikt "Alle gegen alle" schlittere.

In seiner Rede vor dem virtuellen WEF-Forum in Davos, an dem er nach einer 12-jährigen Pause erstmals wieder teilnahm, zog Putin am Mittwoch Parallelen zu den 1930er Jahren, die nur deshalb zum Zweiten Weltkrieg geführt hätten, weil es nicht gelungen sei, die bestehenden internationalen Probleme einvernehmlich zu lösen.

"Ich hoffe, dass sich wegen der heute geltenden Prinzipien ein derartiger Konflikt vermeiden lässt," betonte Putin in seiner Online-Rede. "Ich möchte aber nochmals eindringlich vor unvorhersehbaren und unkontrollierbaren Entwicklungen warnen."



Screenshot aus https://www.youtube.com/watch?v=iLInUgoDgaQ&feature=emb_logo

Der Präsident Russlands Wladimir Putin: Herr Schwab, lieber Klaus,

Kollegen,

seit den 1990er Jahren habe ich schon wiederholt an Treffen teilgenommen, zu denen Herr Klaus Schwab nach Davos eingeladen hatte. Klaus [Schwab] hat gerade daran erinnert, dass wir uns erstmals 1992 getroffen haben. Schon während meiner Tätigkeit in

St. Petersburg habe ich dieses wichtige Forum wiederholt besucht. Ich möchte mich bei Herrn Schwab dafür bedanken, dass er mir heute erneut die Gelegenheit gibt, vor den Experten, die an diesem weltweit bekannten Forum teilnehmen, auch meinen Standpunkt darzulegen.

Meine Damen und Herren, zunächst möchte ich alle Teilnehmer an diesem World Economic Forum grüßen.

Es ist verdienstvoll, dass dieses Forum trotz aller durch die Pandemie verursachten Einschränkungen seine Arbeit fortsetzt. Die Teilnahme ist zwar nur online möglich, verschafft den Teilnehmern aber trotzdem die Möglichkeit, ihre Vorstellungen und Meinungen in einer offenen und freien Diskussion auszutauschen. Es kompensiert viele der persönlichen Kontakte zwischen staatlichen Repräsentanten, Vertretern internationaler Organisationen und der Öffentlichkeit, die in den letzten Monaten nicht stattfinden konnten. All das ist gerade jetzt sehr wichtig, weil schwierige Fragen dringend beantwortet werden müssen.

Das gegenwärtige Forum ist das erste zu Beginn des dritten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts, und es beschäftigt sich natürlich vorwiegend mit den tiefgreifenden Veränderungen, die derzeit in der ganzen Welt zu beobachten sind.

Es ist wirklich schwierig, die fundamentalen Veränderungen in der Weltwirtschaft, in der Politik, im Zusammenleben und in der Technologieentwicklung zu durchschauen. Die Coronavirus-Pandemie, von der Klaus gerade gesprochen hat, ist zu einer ernstzunehmenden Herausforderung für die Menschheit geworden; sie hat die strukturellen Veränderungen, die sich schon vorher abgezeichnet haben, aber nur beschleunigt und die globalen Probleme und die bestehende Ungleichheit nur verschärft. Wir haben allen Grund, uns darauf einzustellen, dass sich der Zwang zu Veränderungen noch verstärken wird. Veränderungstendenzen sind praktisch auf allen Gebieten zu beobachten.

Natürlich gibt es keine direkten Parallelen in der bisherigen Geschichte. Einige Experten, deren Meinung ich respektiere, vergleichen die gegenwärtige Situation jedoch mit den 1930er Jahren. Man kann ihnen zustimmen oder auch nicht, aber viele Parameter, zum Beispiel der umfassende, systemische Charakter der Herausforderungen und potenziellen Bedrohungen, lassen gewisse Übereinstimmungen erkennen.

Die bisherigen Modelle und Instrumente der Wirtschaftsentwicklung haben die aktuelle Krise verursacht. Die Pandemie hat die schon länger bestehenden sozialen Gegensätze sowohl global als auch in einzelnen Staaten nur verschärft. Mit dieser Krise haben wir uns auch vorher schon beschäftigen müssen. Neu ist aber die Polarisierung im öffentlichen Diskurs, die zu einem starken Anwachsen des Populismus, des rechten und linken Extremismus und anderer extremer Einstellungen geführt und heftige politische Auseinandersetzungen auch in führenden Staaten ausgelöst hat.

All das beeinflusst natürlich auch die internationalen Beziehungen, die dadurch instabiler und weniger vorhersehbar geworden sind. Internationale Institutionen haben an Einfluss verloren, ständig entstehen neue regionale Konflikte, und das System der globalen Sicherheit ist ins Wanken geraten.

Klaus hat das Gespräch erwähnt, in dem ich mich gestern mit dem neuen US-Präsidenten über die Verlängerung des New Start Treaty (s. <https://www.spiegel.de/politik/>

[ausland/wladimir-putin-und-joe-biden-einig-ueber-atom-abruestungsvertrag-new-start-a-029ec09e-6118-4a71-a81d-ae08eb892646](https://www.weltweit.de/ausland/wladimir-putin-und-joe-biden-einig-ueber-atom-abruestungsvertrag-new-start-a-029ec09e-6118-4a71-a81d-ae08eb892646)) **verständnisst habe. Das ist bestimmt ein Schritt in die richtige Richtung. Trotzdem könnten weiter bestehende Gegensätze in eine Abwärtsspirale (bei den internationalen Beziehungen) führen. Die Unfähigkeit und die fehlende Bereitschaft zur substantiellen Lösung von Problemen, die den heutigen gleichen, haben im 20. Jahrhundert in die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges geführt.**

Ein derart überhitzter globaler Konflikt sollte wegen der heute geltenden Prinzipien eigentlich unmöglich sein. Darauf hoffe ich, denn ein neuer Weltkrieg würde das Ende der Menschheit bedeuten. Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass trotzdem plötzlich eine nicht erwartete, unkontrollierbare Situation eintreten könnte, wenn wir nichts unternehmen, um das zu verhindern. Es besteht die Gefahr, dass die globale Wirtschaft in eine fürchterliche Depression schlittert, in der versucht werden könnte, die bestehenden Widersprüche in einem Krieg aller gegen alle zu lösen, der sowohl gegen innere als auch gegen äußere "Feinde" geführt würde. Dadurch würden nicht nur traditionelle Werte wie die Familie zerstört, die in Russland sehr wichtig ist, sondern auch grundsätzliche Rechte wie die Wahlfreiheit und der Schutz der Privatsphäre beseitigt.

Ich möchte auch auf die negativen demografischen Folgen der andauernden sozialen Krise und der Krise der Werte hinweisen, die bewirken könnten, dass der Menschheit grundlegende zivilisatorische und kulturelle Errungenschaften verloren gehen.

Wir tragen gemeinsam die Verantwortung dafür, dass dieses (Schreckens)szenario, diese Dystopie (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Dystopie>), nicht eintritt und müssen sicherstellen, dass die künftige Entwicklung positiv, harmonisch und kreativ verläuft.

In diesem Zusammenhang möchte ich gern näher auf die großen Herausforderungen eingehen, die meiner Meinung nach von der internationalen Gemeinschaft bewältigt werden müssen.

Die erste (dieser Herausforderungen) betrifft die Sozioökonomie.

Statistiken belegen, dass die letzten 40 Jahre trotz der tiefen Krisen 2008 und 2020 erfolgreich und für die Weltwirtschaft sogar besonders erfolgreich waren. Seit 1980 haben sich – global gesehen – das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und damit auch die reale Kaufkraft nahezu verdoppelt. Das ist eindeutig positiv zu werten.

Die Globalisierung und das Binnenwachstum haben zu einem starken Wachstum in sich noch entwickelnden Ländern geführt und die Armut von mehr als einer Milliarde Menschen abgemildert. Wenn wir von einem Mindesteinkommen von 5,50 Dollar pro Person und Tag ausgehen, dann ist nach Angaben der Weltbank die Anzahl der Personen mit geringerem Einkommen zum Beispiel in China von 1,1 Milliarden im Jahr 1990 in den letzten Jahren auf weniger als 300 Millionen zurückgegangen, was China als Erfolg verbuchen kann. In Russland hat die Anzahl der Menschen mit geringerem Einkommen von 64 Millionen im Jahr 1999 bis heute auf rund 5 Millionen abgenommen. Das ist auch für unser Land (und für die ganze Region Eurasien) ein großer Erfolg.

Die Hauptfrage, deren Beantwortung ein wichtiger Schlüssel für die Lösung der drängendsten aktuellen Probleme sein könnte, ist aber, unter welchen Bedingungen dieses globale Wachstum stattgefunden und wer am meisten davon profitiert hat.

Ich habe schon darauf hingewiesen, dass auch noch in Entwicklung befindliche Länder von der wachsenden Nachfrage nach ihren traditionellen oder neuen Produkten profitiert

haben. Ihre Einbettung in die Weltwirtschaft hat ihnen zwar größere Exporterlöse und mehr Jobs eingebracht. Wegen der weiterhin relativ geringen individuellen Einkommen sind aber auch ihre sozialen Probleme größer geworden.

Und wie hat sich das globale Wachstum auf die entwickelten Industriestaaten ausgewirkt, in denen die Durchschnittseinkommen viel höher sind? Es mag ironisch klingen, aber die sozialen Unterschiede sind gerade dort noch größer geworden. Nach Angaben der Weltbank lag in den USA im Jahr 2000 das Einkommen von 3,6 Millionen Menschen unter 5,50 Dollar pro Tag, im Jahr 2016 war das sogar schon bei 5,6 Millionen Menschen der Fall.

Die Globalisierung hat vor allem multinationalen Großkonzernen in den USA und in Europa bedeutende Profitsteigerungen beschert.

Gleichzeitig sind die individuellen Einkommen nicht nur in den USA, sondern auch in Europa eher gesunken.

Und wer hat die gewachsenen Konzernprofite eingesteckt? Die eindeutige Antwort lautet: Nur 1 Prozent der Bevölkerung!

Und wie hat sich das Leben der anderen 99 Prozent verändert? In den letzten 30 Jahren sind die Realeinkommen in mehreren Industrieländern für mehr als die Hälfte ihrer Bürger unverändert geblieben oder sogar gesunken. Gleichzeitig sind die Kosten für Bildung und Gesundheitsfürsorge enorm gestiegen. Die haben sich nämlich verdreifacht!

Auch in wohlhabenden Staaten können die Menschen kaum noch auf Einkommenszuwächse hoffen. Auch sie sind zunehmend mit dem Problem konfrontiert, zu wenig Geld für die Gesundheitsfürsorge für sich und ihre Familien und eine vernünftige Ausbildung für ihre Kinder zu haben.

Immer mehr Menschen werden nicht mehr gebraucht, und deren Anzahl nimmt ständig zu. Nach Angaben der International Labour Organisation (ILO, s. https://de.wikipedia.org/wiki/Internationale_Arbeitsorganisation) konnten 2019 weltweit 267 Millionen junge Menschen, das sind 21 Prozent dieser Altersgruppe, nicht studieren oder Arbeit finden. Von denen, die arbeiten konnten, verdienten 30 Prozent weniger als 3,20 Dollar pro Tag, gemessen an der für ihre Länder geltenden Kaufkraft.

Diese Ungleichheit in der globalen sozioökonomischen Entwicklung ist ein direktes Ergebnis der in den 1980er Jahren verfolgten rücksichtslosen und dogmatischen Wirtschaftspolitik. Diese Politik beruhte auf den ungeschriebenen Regeln des so genannten Consensus von Washington (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Washington_Consensus), nach denen das durch private Verschuldung finanzierte Wirtschaftswachstum, die Deregulierung der Finanzmärkte und möglichst niedrige Steuern für Reiche und Konzerne Vorrang hatten.

Wie ich bereits erwähnt habe, hat die Coronavirus-Pandemie diese Probleme nur verschärft. Im vergangenen Jahr erlebte die Weltwirtschaft ihren größten Niedergang seit dem Zweiten Weltkrieg. Bis Juli schrumpfte der globale Arbeitsmarkt um fast 500 Millionen Jobs. Die Hälfte davon war am Jahresende zwar wieder vorhanden, aber fast 250 Millionen Jobs gingen auf Dauer verloren. Das ist eine große und sehr beunruhigende Zahl. Allein in den ersten 9 Monaten des letzten Jahres beliefen sich die dadurch verursachten Einkommensverluste auf insgesamt 3,5 Billionen Dollar. Weil diese Zahl weiter steigt, werden auch die sozialen Spannungen noch zunehmen.

Die Erholung nach dieser Krise wird nicht einfach sein. Noch vor 20 oder 30 Jahren wären die Probleme durch makropolitische Wirtschaftsimpulse zu beheben gewesen. Das wird auch heute wieder versucht, aber diese Mechanismen haben ihre Wirkung fast völlig verloren. Dass sie heute nicht mehr brauchbar sind, ist nicht nur meine persönliche Meinung. **Nach Angaben des IWF** (s. dazu auch https://de.wikipedia.org/wiki/Internationaler_W%C3%A4hrungsfonds) **sind die staatlichen und privaten Schulden weltweit auf fast 200 Prozent des globalen BIP** (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Bruttoinlandsprodukt>) **angewachsen, in einigen Staaten übersteigen sie das nationale BIP sogar schon um über 300 Prozent.** Gleichzeitig bleiben nicht nur in entwickelten Marktwirtschaften die Zinssätze weiterhin auf einem historischen Tiefpunkt nahe Null. (Die Zentralbanken berechnen für höhere Einlagen von Banken sogar schon Negativzinsen, also Gebühren.)

Das macht die Stimulierung der Wirtschaft mit traditionellen Methoden, zum Beispiel durch die Vergabe von noch mehr zinsgünstigen Privatkrediten, praktisch unmöglich. Auch das so genannte "quantitative Easing" (die Erhöhung des Geldumlaufs mit dem Ankauf von Staatsanleihen durch die Zentralbanken, s. https://de.wikipedia.org/wiki/Quantitative_Lockerung) erhöht nur den ohnehin aufgeblasenen Wert von Geldanlagen und vertieft die sozialen Unterschiede. **Das sich verstärkende Auseinanderdriften der realen und der virtuellen Wirtschaft, über das an diesem Forum teilnehmende Finanzexperten aus vielen Staaten berichten könnten, stellt eine echte Bedrohung für den Finanzsektor dar und könnte über kurz oder lang (durch das Platzen von Spekulationsblasen) unkalkulierbare Schocks auslösen.**

Noch hofft man, mit der schnellen technologischen Entwicklung das alte Wachstumsmodell neu beleben zu können. Tatsächlich ist in den letzten 20 Jahren das Fundament für die so genannte Vierte Industrielle Revolution gelegt worden – durch den verstärkten Einsatz von Künstlicher Intelligenz, die fortschreitende Automatisierung und die Weiterentwicklung der Robotertechnik. Die Coronavirus-Pandemie hat derartige Projekte und ihre Umsetzung noch einmal außerordentlich beschleunigt.

Dieser Prozess bewirkt jedoch zusätzliche strukturelle Veränderungen, besonders auf dem Arbeitsmarkt. Er führt dazu, dass sehr viele Menschen ihre Jobs verlieren werden, wenn die Staaten keine wirksamen Gegenmaßnahmen ergreifen, um das zu verhindern. **Die meisten der betroffenen Menschen gehören zum so genannten Mittelstand, der die Basis jeder modernen Gesellschaft bildet.**

In diesem Zusammenhang möchte ich gern auf die zweite grundsätzliche Herausforderung des nächsten Jahrzehnts eingehen – auf die sozialpolitische Herausforderung. Mit den wachsenden wirtschaftlichen Problemen hat auch die soziale Ungleichheit zugenommen. Sie spaltet die Gesellschaft und hat soziale, rassistische und ethnische Intoleranz ausgelöst – sogar in Demokratien, die über gesellschaftliche Institutionen verfügen, die solche Entwicklungen dämpfen oder verhindern sollen.

Die durch die systemimmanenten sozioökonomischen Probleme hervorgerufene soziale Unzufriedenheit erfordert besondere Aufmerksamkeit und verlangt nach echten Lösungen. Die gefährliche Annahme, sie könnten ignoriert und beiseite geschoben werden, hätte schwerwiegende Folgen.

Die Gesellschaft bliebe politisch und sozial gespalten weil die Menschen nicht wegen abstrakter Ansichten, sondern wegen echter Probleme unzufrieden sind, die jeden – unabhängig von seinen jeweiligen politischen Ansichten – betreffen.

Ich käme gern noch zu einem anderen wichtigen Gesichtspunkt. **Moderne Technologiegiganten und besonders die mit der Digitalisierung befassten Konzerne spielen heute eine zunehmende Rolle im Leben der Gesellschaften. Das hat sich besonders deutlich während des jüngsten Wahlkampfes in den USA gezeigt. Sie begnügen sich nicht mehr damit, nur wirtschaftliche Riesen zu sein. In einigen Weltgegenden versuchen sie schon den Staaten Konkurrenz zu machen. Sie erreichen bereits Milliarden Nutzer, die einen beträchtlichen Teil ihres Lebens in ihren von wirtschaftlich Interessen bestimmten Kommunikationssystemen verbringen.**

Diese (auf Digitalisierung setzenden) Konzerne meinen, ihre Monopolstellung sei optimal geeignet, um technologische und wirtschaftliche Veränderungsprozesse zu organisieren. Möglicherweise trifft das sogar zu, aber sollten wir uns nicht fragen, ob das im öffentlichen Interesse wäre? Wo liegt die Grenze zwischen erfolgreichen globalen Geschäften, gefragten Dienstleistungen, der Sammlung riesiger Datenmengen und dem Bestreben dieser Konzerne, die Gesellschaft nach ihren Vorstellungen und sehr rigide zu manipulieren, demokratisch gewählte Institutionen zu ersetzen und den Menschen damit das Recht zu nehmen, selbst zu entscheiden, wie sie leben, wen sie wählen und was sie denken und sagen wollen? Weil wir gerade alle diese Phänomene in den USA beobachten konnten, weiß wohl jeder, wovon ich rede. Ich bin überzeugt davon, dass die überwältigende Mehrheit der Menschen meine Besorgnis teilt – darunter auch Teilnehmer dieses Forums.

Und damit komme ich zur dritten Herausforderung, der großen Gefahr, die im kommenden Jahrzehnt von immer schwieriger zu lösenden internationalen Problemen ausgehen wird. Auch die wachsende Anzahl ungelöster sozioökonomischer Fragen in einzelnen Staaten könnten dazu führen, dass die Menschen nach Schuldigen suchen, sie für ihre Probleme verantwortlich machen und ihre Verärgerung und Unzufriedenheit an ihnen abreagieren möchten. Die Suche nach Schuldigen hat bereits begonnen. Gleichzeitig wird die außenpolitische Propaganda verstärkt (um von den Verantwortlichen im eigenen Land abzulenken).

Wir können davon ausgehen, dass die aggressiven Aktivitäten gegen Staaten, die sich nicht als gehorsame "Kolonien" kontrollieren lassen wollen, zunehmen werden – durch die Errichtung von Handelsschranken, die Verhängung zusätzlicher illegaler Sanktionen und durch weitere Beschränkungen in den Bereichen Finanztransfer, Technologie und Internet.

In einem derartigen "Spiel ohne Regeln" nimmt die Gefahr zu, dass es dabei auch zum einseitigen Einsatz militärischer Gewalt kommen könnte. Der mit unglaublichen Vorwänden begründete Einsatz militärischer Gewalt stellt eine Bedrohung für alle dar. Es ist zu befürchten, dass dadurch viele neue Krisenherde auf der ganzen Welt entstehen werden.

Kollegen, trotz aller Differenzen und Herausforderungen, sollten wir versuchen, unsere gemeinsame Zukunft mit einer konstruktiven Agenda positiv zu gestalten. Es wäre naiv, die aufgezählten vielfältigen Probleme nur mit wundersamen Rezepten lösen zu wollen. Wir müssen stattdessen gemeinsam versuchen, Methoden auszuarbeiten, die eine Annäherung unserer unterschiedlichen Positionen ermöglichen und dazu beitragen, die Ursachen der globalen Spannungen zu beseitigen.

Ich möchte nochmals auf meine These zurückkommen, dass sozioökonomische Probleme der Hauptgrund für das ins Stocken geratene globale Wachstum sind.

Die heute zu beantwortende Schlüsselfrage lautet: Mit welchem Aktionsprogramm können wir die durch die Pandemie zerrüttete globale Wirtschaft und ihre nationalen Komponenten

wieder in Gang setzen und dabei sicherstellen, dass diese Wiederherstellung nachhaltig ist und auf Strukturen beruht, mit denen sich die soziale Ungleichheit überwinden lässt? In Anbetracht der obengenannten Fehlentwicklungen in der Makrowirtschaftspolitik kann das Wirtschaftswachstum nur durch staatlich finanzierte Beschäftigungsprogramme und durch eine stärkere Einbindung der Zentralbanken wieder angekurbelt werden.

In diese Richtung zeigende Tendenzen sind bereits in einigen entwickelten Staaten und auch in einigen sich noch entwickelnden Staaten zu beobachten. Künftig werden die Staaten stärkeren Einfluss auf den sozioökonomischen Bereich ausüben, mehr Verantwortung für ihn übernehmen und auf globaler Ebene auch in diesem Bereich enger zusammenarbeiten müssen.

Forderungen nach inklusivem Wachstum (s. dazu auch <https://www.iwkoeln.de/presse/in-den-medien/beitrag/hans-peter-kloes-michael-groemling-die-tuecken-einer-neuen-definiton-von-wachstum.html>) und menschenwürdigen Lebensbedingungen für alle werden regelmäßig auf verschiedenen internationalen Foren erhoben. Das ist richtig und sollte das künftige Ziel unserer gemeinsamen Bemühungen sein.

Es ist klar, dass sich unsere Welt nicht weiterhin eine Wirtschaft leisten kann, die nur wenigen Millionen Menschen oder der "goldenen Milliarde" (s. https://en.wikipedia.org/wiki/Golden_billion) Nutzen bringt. Dieses Modell ist auch deshalb unmoralisch, weil es Fehlentwicklungen wie die gegenwärtige Migrationskrise verursacht hat.

Wir müssen endlich von der Beschreibung von Zuständen zu Taten übergehen und unsere Bemühungen und Ressourcen zur Reduzierung der sozialen Ungleichheit in allen davon betroffenen Staaten einsetzen, um eine gleichmäßigere Wirtschaftsentwicklung in allen Weltgegenden zu ermöglichen. Dann würden auch die weltweit zu beobachtenden Flüchtlingsströme versiegen.

Im Mittelpunkt einer Politik, die auf eine nachhaltige und ausgeglichene Wirtschaftsentwicklung zielt, muss die Schaffung von Bedingungen stehen, unter denen alle – unabhängig davon, wo sie geboren sind und wo sie leben – im Stande sind, ihre Fähigkeiten zu nutzen.

Ich möchte auch noch auf vier Schlüsselprioritäten eingehen, die ich dabei sehe. Das mag Ihnen bekannt vorkommen, aber da mir Klaus erlaubt hat, hier auch die Position Russlands darzustellen, die auch meine Position ist, werde ich das natürlich tun.

Erstens braucht jeder Mensch vernünftige Lebensbedingungen, also eine sichere Unterkunft, erschwingliche Transportmittel und eine öffentliche Infrastruktur, die seine Versorgung mit Wasser und Energie und den Schutz der Umwelt sicherstellt.

Zweitens braucht jeder Mensch einen sicheren Job, der ihm ein nachhaltiges Wachstum seines Einkommens und dadurch einen angemessenen Lebensstandard sichert. Jeder Mensch muss Zugang zu einem effektiven Bildungssystem haben, das ihm ein lebenslanges Lernen ermöglicht, das gerade jetzt dringend notwendig ist. Die Menschen müssen in der Zeit, in der sie arbeiten, auch das Anrecht auf eine verlässliche Altersversorgung erwerben können.

Drittens müssen sich die Menschen eine hochwertige und wirksame ärztliche Behandlung leisten können, wann immer sie darauf angewiesen sind. Ein staatliches Gesundheitssystem muss eine medizinische Versorgung nach modernsten Erkenntnissen sicherstellen.

Viertens müssen Kinder – unabhängig vom Familieneinkommen – Anspruch auf eine Ausbildung haben, in der ihr jeweiliges Potenzial voll zur Geltung kommen kann.

Nur so kann ein wirklich innovatives und kosteneffektives Wirtschaftssystem entstehen, in dem es vor allem um die Menschen und nicht nur um Profite geht. Nur Staaten, die diese vier Schlüsselprioritäten realisieren, werden ihre Wirtschaft wirklich nachhaltig entwickeln können. Die erwähnten Aspekte legen nur die Richtung fest, sind also ausbaufähig.

Auch mein Land wird seine Strategie so ausrichten, dass die genannten vier Schlüsselprioritäten zur Geltung kommen. Priorität haben die Menschen und ihre Familien. Damit wollen wir auch eine vernünftige demografische Entwicklung sicherstellen, die Menschen schützen und für ihr Wohlergehen und ihre Gesunderhaltung sorgen. Wir arbeiten gerade daran, die Arbeitsbedingungen und die Effektivität zu verbessern, einzelne Unternehmen erfolgreicher zu machen und durch verstärkte Digitalisierung das Fundament für eine hochtechnologische Zukunft unseres ganzen Landes und nicht nur weniger Unternehmen zu legen.

In den kommenden Jahren wollen wir die ganze Regierungsarbeit und unsere Finanzpolitik auf die Weiterentwicklung unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft ausrichten.

Neben unserem Einsatz für das Erreichen nationaler Ziele sind wir natürlich auch offen für eine möglichst breite internationale Zusammenarbeit, denn wir sind davon überzeugt, dass die Zusammenarbeit bei der Lösung globaler sozioökonomischer Probleme einen positiven Einfluss auf das gesamte globale Zusammenleben und die Lösung weiterer globaler Probleme haben würde. Dadurch würde auch das gegenseitige Vertrauen wieder wachsen, was sich gerade heute als besonders wichtig erweist.

Offensichtlich ist das Zeitalter, in dem versucht wurde, eine zentralistische, unipolare Weltordnung zu errichten zu Ende gegangen. Ehrlich gesagt, dieser Versuch konnte nur scheitern und ist jetzt Geschichte, weil er nicht mit der kulturellen und historischen Vielfalt unserer Zivilisation vereinbar war und ist.

Deshalb muss es verschiedene Entwicklungszentren und unterschiedliche Wirtschaftsmodelle, politische Systeme und öffentliche Institutionen geben. Heute ist es sehr wichtig, Mechanismen zu schaffen, die deren harmonisches Zusammenwirken ermöglichen, die Ungleichheit beseitigen, den friedlichen Wettbewerb fördern und Anarchie und weitere endlose Konflikte verhindern.

Um das zu erreichen, müssen wir bestehende internationale Einrichtungen verändern oder neue entwickeln, die in der Lage sind, für globale Stabilität und Sicherheit zu sorgen und Verhaltensregeln sowohl für die Weltwirtschaft als auch für den globalen Handel zu entwickeln.

Ich habe schon wiederholt darauf hingewiesen, dass viele internationale Institutionen nicht besonders gut funktionieren. Wir haben dieses Problem auch schon auf verschiedenen Gipfeln vorgebracht. Weil diese Institutionen aus einem anderen Zeitalter stammen, sind sie immer weniger geeignet, sich adäquat mit aktuellen Problemen zu befassen. Ich möchte jedoch betonen, dass dies kein Grund ist, sie ohne Alternativen einfach aufzugeben, denn sie haben wertvolle Erfahrungen bei ihrer bisherigen Arbeit gesammelt und verfügen auch über das Potenzial, das gebraucht

wird, um sie an die heutige Realität anzupassen. Es wäre falsch, sie einfach im Müll-eimer der Geschichte zu entsorgen. Sie müssen aber reformiert werden, weil wir sie weiterhin brauchen.

Natürlich brauchen wir auch neue Formen der Zusammenarbeit, wie sie bereits in Multi-versitäten praktiziert werden (s. dazu auch <https://www.psychologie-studieren.de/hochschulen/meu-die-multiversitaet/>). Es kann nicht darum gehen, dass alle nur eine einzige Lösung abnicken, die Möglichkeit, zu unterschiedlichen Lösungen zu kommen, muss erhalten bleiben. Natürlich sollten sich souveräne Staaten auch dafür entscheiden können, spezifische Probleme gemeinsam zu lösen. Durch grenzüberschreitende Kooperation lie-ßen sich viele regionale Konflikte vermeiden.

Freunde,

meine Damen und Herren,

dadurch würden viele Möglichkeiten zur Kooperation und zur Umsetzung unterschiedlicher Lösungen entstehen. Wir wissen aus der Praxis, dass so etwas funktionieren kann. So versuchen zum Beispiel Russland, der Iran und die Türkei mit dem Astana-Format (s. <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2019A57/>) die Situation in Syrien zu stabilisieren und gemeinsam mit anderen Staat einen politischen Dialog in diesem Land in Gang zu setzen. Der gemeinsame Versuch ist erfolgversprechend.

Russland hat sich auch um Vermittlung in der bewaffneten Auseinandersetzung in Na-gorny-Karabach (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Bergkarabachkonflikt>) bemüht, an der die uns nahestehenden Staaten Aserbaidshans und Armenien beteiligt sind – auf der Basis der Vereinbarungen, die von der Minsk Group der OSZE (s. <https://ifsh.de/file-CORE/documents/jahrbuch/14/Hopmann-dt.pdf>) getroffen wurden, in der Russland, die USA und Frankreich ein gutes Beispiel für Zusammenarbeit praktizieren.

Wie sie wissen, haben im November (2020) Russland, Aserbaidshans und Armenien eine Vereinbarung über eine Waffenruhe getroffen, mit der das Blutvergießen gestoppt und ein Stabilisierungsprozess eingeleitet werden konnte.

Die internationale Gemeinschaft und die betroffenen Länder müssen gemeinsam die Flüchtlingsströme stoppen und Regionen mit zurückkehrenden Flüchtlingen beim Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur und der Restaurierung historischer, religiöser und kultu-reller Denkmäler unterstützen.

Ich möchte auch auf die Rolle Russlands, Saudi-Arabiens, der USA und mehrerer anderer Staaten bei der Stabilisierung des globalen Energiemarktes eingehen. Dieses Format ist ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen Staaten mit unterschiedlichen Weltbil-dern und unterschiedlichen, manchmal sogar völlig konträren Vorstellungen von der Orga-nisierung globaler Prozesse.

Außerdem gibt es natürlich Probleme, die ausnahmslos alle Staaten betreffen. Ein Beispiel dafür ist die internationale Zusammenarbeit bei der Erforschung und Bekämpfung der Coronavirus-Infektion. Wie Sie wissen, gibt es inzwischen mehrere Muta-tionen dieses gefährlichen Virus. Die internationale Gemeinschaft muss bessere Bedin-gungen für die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern und anderen Experten schaf-fen, damit untersucht werden kann, wo und wie solche Mutationen entstehen und wie sie sich unterscheiden.

Natürlich müssen die weltweit laufenden Untersuchungen koordiniert werden. Das hat auch schon der Generalsekretär der Vereinten Nationen vorgeschlagen, den wir deshalb gedrängt haben, zu einem weiteren G20-Gipfel einzuladen. **Die weltweiten Bemühungen, die weitere Ausbreitung des Virus zu stoppen, müssen koordiniert und die verfügbaren Impfstoffe müssen allen zugänglich gemacht werden. Wir müssen allen Ländern helfen, die Unterstützung brauchen – auch in Afrika. Ich setze mich deshalb für eine globale Ausweitung der Tests und der Impfungen ein.**

Massenimpfungen werden heute hauptsächlich in den entwickelten Industriestaaten durchgeführt. Millionen Menschen in den Entwicklungsländern können bisher nur auf Impfschutz hoffen. Wegen dieser ungleichen Behandlung könnten ständig weitere, unkontrollierbare Brutstätten des Virus entstehen, denn eine Pandemie kennt keine Grenzen.

Weil Infektionen und Pandemien von Grenzen nicht aufzuhalten sind, müssen wir die richtigen Lehren aus der gegenwärtigen Situation ziehen und Maßnahmen entwickeln, mit denen sich der Ausbruch solcher Epidemien schneller feststellen und ihre globale Ausbreitung möglichst verhindern lassen.

Andere wichtige Gebiete, die eine Koordination aller Bemühungen der internationalen Gemeinschaft erfordern, sind der Klimawandel und der Umweltschutz.

Nur gemeinsam können wir die Lösung schwieriger Probleme wie die übermäßige Rodung von Wäldern, die Gefährdung der Artenvielfalt, die Mülllawine und die Verseuchung der Ozeane mit Mikroplastik angehen und ein optimales Gleichgewicht zwischen der Wirtschaftsentwicklung und der Erhaltung der Umwelt für die gegenwärtigen und zukünftigen Generationen herstellen.

Meine Freunde,

wir alle wissen, dass es auch künftig Konkurrenz und Wettbewerb zwischen den Staaten geben wird. Differenzen und Interessenkollisionen sind bei komplizierten Entwicklungsvorgängen wie der menschlichen Zivilisation unvermeidlich. In einer kritischen Zeit wie der heutigen sollte uns das aber nicht daran hindern, unsere Kräfte zu bündeln, um die Menschheit zu retten. Ich halte das gerade jetzt für dringend erforderlich.

Es ist sehr wichtig, dass wir unsere gegenwärtige Situation richtig einschätzen, uns auf die Lösung der echten und nicht nur der vorgeschobenen globalen Probleme konzentrieren und vorrangig die Ungleichheit – die größte Bedrohung für die internationale Gemeinschaft – überwinden. Ich bin davon überzeugt, dass wir nur so die Herausforderungen meistern können, mit denen wir im dritten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts konfrontiert sind.

Damit möchte meine Rede beenden und mich bei allen Zuhörern für Ihre Geduld und Aufmerksamkeit bedanken.

Vielen Dank.

Klaus Schwab: Danke sehr, Herr Präsident.

Viele der Themen, die Sie angesprochen haben, werden sicher in die Diskussionen einfließen, die in dieser Woche in Davos stattfinden. Mit den in Ihrer Rede vorgetragenen Problemen werden sich auch die Arbeitsgruppen beschäftigen, zum Beispiel mit Ihrer Forderung, die Entwicklungsländer nicht zurückzulassen, sondern ihnen die Fähigkeiten zur Bewältigung der Zukunft zu verschaffen.

Herr Präsident, bevor wir in die anschließende Diskussion einsteigen, habe ich noch eine sehr kurze Frage. Die habe ich Ihnen schon einmal gestellt, als ich Sie vor 14 Monaten in St. Petersburg besucht habe: **Wie sehen Sie die Zukunft der europäisch-russischen Beziehungen?** Ich bitte Sie um eine kurze Antwort.

Wladimir Putin: Das Fundament der europäisch-russischen Beziehungen ist unsere gemeinsame Kultur. In der jüngeren Vergangenheit haben bereits wichtige Politiker darauf hingewiesen, dass die Beziehungen zwischen Europa und Russland unbedingt ausgebaut werden müssten, weil Russland zu Europa gehöre. Geografisch und vor allem kulturell gehören beide zur gleichen Zivilisation. Französische Politiker haben von der Notwendigkeit gesprochen, einen einheitlichen Wirtschaftsraum von Lissabon bis zum Ural zu schaffen. Warum nur bis zum Ural und nicht bis Wladiwostok?

Mir persönlich hat ein verdienstvoller europäischer Politiker, der ehemalige Bundeskanzler Helmut Kohl, einmal gesagt: "Wenn wir wollen, dass die europäische Kultur überlebt und auch in Zukunft trotz aller gegenläufigen Tendenzen ein Zentrum der globalen Zivilisation bleibt, dann müssen Westeuropa und Russland natürlich zusammenwachsen." Dem ist nichts hinzuzufügen, und wir teilen diese Auffassung.

Weil die heutige Situation nicht normal ist, müssen wir zu einer positiven Tagesordnung zurückkehren. Das ist nach meiner Überzeugung sowohl im Interesse Russlands als auch im Interesse der anderen europäischen Staaten unumgänglich. Offensichtlich hat auch die Pandemie eine negative Rolle gespielt. Unser Handel mit der Europäischen Union ist stark zurückgegangen, obwohl die EU einer unserer wichtigsten Handels- und Wirtschaftspartner ist. Auf unserer Tagesordnung steht deshalb der Ausbau der Kooperation in Handel und Wirtschaft.

Europa und Russland sind natürliche Partner in den Bereichen Wirtschaft, Forschung, Technologie und Kultur, weil Russland einen großen Beitrag zur europäischen Kultur geleistet hat. Russland ist etwas größer als die ganze EU und verfügt über ein riesiges Potenzial an Ressourcen und Menschen. Auf all das Positive, was Europa der Russischen Föderation geben könnte, muss ich hier nicht eingehen.

Dabei zählt nur eine Sache: Wir müssen wieder einen ehrlichen Dialog miteinander führen. Wir müssen die aus der Vergangenheit stammenden Vorbehalte aufgeben, die in den letzten Jahrhunderten ausgetragenen Konflikte endlich beenden und eine gemeinsame Zukunft anstreben. Wenn wir die aus der Vergangenheit stammenden Probleme und die gegenseitigen Vorbehalte hinter uns lassen, können sich unsere Beziehungen ganz sicher sehr positiv weiterentwickeln.

Wir sind dazu bereit und wollen das auch. Liebe ist aber unmöglich, wenn sich nur eine Seite dazu bekennt. Sie muss schon gegenseitig sein.

Klaus Schwab: Vielen Dank, Herr Präsident.

(Wir haben dieses Transkript der langen Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin komplett übersetzt und mit wenigen erläuternden Ergänzungen und Links in Klammern und Hervorhebungen versehen.)

Mit einer ähnlich versöhnlichen und zukunftsweisenden Rede des neuen US-Präsidenten Joe Biden ist wohl kaum zu rechnen. Anschließend drucken wir das Transkript in englischer Sprache ab.)



Putin warns the world risks sliding into an “all against all” conflict similar to 1930s in Davos speech

January 27, 2021

Transcript

Russian President Vladimir Putin said the world risks sliding into an “all against all” conflict amid tensions caused by the Covid-19 pandemic and growing economic inequality.

Addressing the World Economic Forum on Wednesday for the first time in 12 years, Putin drew parallels with the 1930s when he said a failure to resolve international problems sparked World War II.

“Today, such a global hot conflict is, I hope, in principle impossible,” Putin said in his on-line speech to The Davos Agenda. “But, I repeat, the situation can develop unpredictably and uncontrollably.”

President of Russia Vladimir Putin: Mr Schwab, dear Klaus,

Colleagues,

I have been to Davos many times, attending the events organised by Mr Schwab, even back in the 1990s. Klaus [Schwab] just recalled that we met in 1992. Indeed, during my time in St Petersburg, I visited this important forum many times. I would like to thank you for this opportunity today to convey my point of view to the expert community that gathers at this world-renowned platform thanks to the efforts of Mr Schwab.

First of all, ladies and gentlemen, I would like to greet all the World Economic Forum participants.

It is gratifying that this year, despite the pandemic, despite all the restrictions, the forum is still continuing its work. Although it is limited to online participation, the forum is taking place anyway, providing an opportunity for participants to exchange their assessments and forecasts during an open and free discussion, partially compensating for the increasing lack of in-person meetings between leaders of states, representatives of international business and the public in recent months. All this is very important now, when we have so many difficult questions to answer.

The current forum is the first one in the beginning of the third decade of the 21st century and, naturally, the majority of its topics are devoted to the profound changes that are taking place in the world.

Indeed, it is difficult to overlook the fundamental changes in the global economy, politics, social life and technology. The coronavirus pandemic, which Klaus just mentioned, which became a serious challenge for humankind, only spurred and accelerated the structural changes, the conditions for which had been created long ago. The pandemic has exacerbated the problems and imbalances that built up in the world before. There is every reason

to believe that differences are likely to grow stronger. These trends may appear practically in all areas.

Needless to say, there are no direct parallels in history. However, some experts – and I respect their opinion – compare the current situation to the 1930s. One can agree or disagree, but certain analogies are still suggested by many parameters, including the comprehensive, systemic nature of the challenges and potential threats.

We are seeing a crisis of the previous models and instruments of economic development. Social stratification is growing stronger both globally and in individual countries. We have spoken about this before as well. But this, in turn, is causing today a sharp polarisation of public views, provoking the growth of populism, right- and left-wing radicalism and other extremes, and the exacerbation of domestic political processes including in the leading countries.

All this is inevitably affecting the nature of international relations and is not making them more stable or predictable. International institutions are becoming weaker, regional conflicts are emerging one after another, and the system of global security is deteriorating.

Klaus has mentioned the conversation I had yesterday with the US President on extending the New START. This is, without a doubt, a step in the right direction. Nevertheless, the differences are leading to a downward spiral. As you are aware, the inability and unwillingness to find substantive solutions to problems like this in the 20th century led to the WWII catastrophe.

Of course, such a heated global conflict is impossible in principle, I hope. This is what I am pinning my hopes on, because this would be the end of humanity. However, as I have said, the situation could take an unexpected and uncontrollable turn – unless we do something to prevent this. There is a chance that we will face a formidable break-down in global development, which will be fraught with a war of all against all and attempts to deal with contradictions through the appointment of internal and external enemies and the destruction of not only traditional values such as the family, which we hold dear in Russia, but fundamental freedoms such as the right of choice and privacy.

I would like to point out the negative demographic consequences of the ongoing social crisis and the crisis of values, which could result in humanity losing entire civilisational and cultural continents.

We have a shared responsibility to prevent this scenario, which looks like a grim dystopia, and to ensure instead that our development takes a different trajectory – positive, harmonious and creative.

In this context, I would like to speak in more detail about the main challenges which, I believe, the international community is facing.

The first one is socioeconomic.

Indeed, judging by the statistics, even despite the deep crises in 2008 and 2020, the last 40 years can be referred to as successful or even super successful for the global economy. Starting from 1980, global per capita GDP has doubled in terms of real purchasing power parity. This is definitely a positive indicator.

Globalisation and domestic growth have led to strong growth in developing countries and lifted over a billion people out of poverty. So, if we take an income level of \$5.50 per per-

son per day (in terms of PPP) then, according to the World Bank, in China, for example, the number of people with lower incomes went from 1.1 billion in 1990 down to less than 300 million in recent years. This is definitely China's success. In Russia, this number went from 64 million people in 1999 to about 5 million now. We believe this is also progress in our country, and in the most important area, by the way.

Still, the main question, the answer to which can, in many respects, provide a clue to today's problems, is what was the nature of this global growth and who benefitted from it most.

Of course, as I mentioned earlier, developing countries benefitted a lot from the growing demand for their traditional and even new products. However, this integration into the global economy has resulted in more than just new jobs or greater export earnings. It also had its social costs, including a significant gap in individual incomes.

What about the developed economies where average incomes are much higher? It may sound ironic, but stratification in the developed countries is even deeper. According to the World Bank, 3.6 million people subsisted on incomes of under \$5.50 per day in the United States in 2000, but in 2016 this number grew to 5.6 million people.

Meanwhile, globalisation led to a significant increase in the revenue of large multinational, primarily US and European, companies.

By the way, in terms of individual income, the developed economies in Europe show the same trend as the United States.

But then again, in terms of corporate profits, who got hold of the revenue? The answer is clear: one percent of the population.

And what has happened in the lives of other people? In the past 30 years, in a number of developed countries, the real incomes of over half of the citizens have been stagnating, not growing. Meanwhile, the cost of education and healthcare services has gone up. Do you know by how much? Three times.

In other words, millions of people even in wealthy countries have stopped hoping for an increase of their incomes. In the meantime, they are faced with the problem of how to keep themselves and their parents healthy and how to provide their children with a decent education.

There is no call for a huge mass of people and their number keeps growing. Thus, according to the International Labour Organisation (ILO), in 2019, 21 percent or 267 million young people in the world did not study or work anywhere. Even among those who had jobs (these are interesting figures) 30 percent had an income below \$3.2 per day in terms of purchasing power parity.

These imbalances in global socioeconomic development are a direct result of the policy pursued in the 1980s, which was often vulgar or dogmatic. This policy rested on the so-called Washington Consensus with its unwritten rules, when the priority was given to the economic growth based on a private debt in conditions of deregulation and low taxes on the wealthy and the corporations.

As I have already mentioned, the coronavirus pandemic has only exacerbated these problems. In the last year, the global economy sustained its biggest decline since WWII. By

July, the labour market had lost almost 500 million jobs. Yes, half of them were restored by the end of the year but still almost 250 million jobs were lost. This is a big and very alarming figure. In the first nine months of the past year alone, the losses of earnings amounted to \$3.5 trillion. This figure is going up and, hence, social tension is on the rise.

At the same time, post-crisis recovery is not simple at all. If some 20 or 30 years ago, we would have solved the problem through stimulating macroeconomic policies (incidentally, this is still being done), today such mechanisms have reached their limits and are no longer effective. This resource has outlived its usefulness. This is not an unsubstantiated personal conclusion.

According to the IMF, the aggregate sovereign and private debt level has approached 200 percent of global GDP, and has even exceeded 300 percent of national GDP in some countries. At the same time, interest rates in developed market economies are kept at almost zero and are at a historic low in emerging market economies.

Taken together, this makes economic stimulation with traditional methods, through an increase in private loans virtually impossible. The so-called quantitative easing is only increasing the bubble of the value of financial assets and deepening the social divide. The widening gap between the real and virtual economies (incidentally, representatives of the real economy sector from many countries have told me about this on numerous occasions, and I believe that the business representatives attending this meeting will agree with me) presents a very real threat and is fraught with serious and unpredictable shocks.

Hopes that it will be possible to reboot the old growth model are connected with rapid technological development. Indeed, during the past 20 years we have created a foundation for the so-called Fourth Industrial Revolution based on the wide use of AI and automation and robotics. The coronavirus pandemic has greatly accelerated such projects and their implementation.

However, this process is leading to new structural changes, I am thinking in particular of the labour market. This means that very many people could lose their jobs unless the state takes effective measures to prevent this. Most of these people are from the so-called middle class, which is the basis of any modern society.

In this context, I would like to mention the second fundamental challenge of the forthcoming decade – the socio-political one. The rise of economic problems and inequality is splitting society, triggering social, racial and ethnic intolerance. Indicatively, these tensions are bursting out even in the countries with seemingly civil and democratic institutions that are designed to alleviate and stop such phenomena and excesses.

The systemic socioeconomic problems are evoking such social discontent that they require special attention and real solutions. The dangerous illusion that they may be ignored or pushed into the corner is fraught with serious consequences.

In this case, society will still be divided politically and socially. This is bound to happen because people are dissatisfied not by some abstract issues but by real problems that concern everyone regardless of the political views that people have or think they have. Meanwhile, real problems evoke discontent.

I would like to emphasise one more important point. Modern technological giants, especially digital companies, have started playing an increasing role in the life of society. Much is being said about this now, especially regarding the events that took place during the electi-

on campaign in the US. They are not just some economic giants. In some areas, they are de facto competing with states. Their audiences consist of billions of users that pass a considerable part of their lives in these eco systems.

In the opinion of these companies, their monopoly is optimal for organising technological and business processes. Maybe so but society is wondering whether such monopolism meets public interests. Where is the border between successful global business, in-demand services and big data consolidation and the attempts to manage society at one's own discretion and in a tough manner, replace legal democratic institutions and essentially usurp or restrict the natural right of people to decide for themselves how to live, what to choose and what position to express freely? We have just seen all of these phenomena in the US and everyone understands what I am talking about now. I am confident that the overwhelming majority of people share this position, including the participants in the current event.

And finally, the third challenge, or rather, a clear threat that we may well run into in the coming decade is the further exacerbation of many international problems. After all, unresolved and mounting internal socioeconomic problems may push people to look for someone to blame for all their troubles and to redirect their irritation and discontent. We can already see this. We feel that the degree of foreign policy propaganda rhetoric is growing.

We can expect the nature of practical actions to also become more aggressive, including pressure on the countries that do not agree with a role of obedient controlled satellites, use of trade barriers, illegitimate sanctions and restrictions in the financial, technological and cyber spheres.

Such a game with no rules critically increases the risk of unilateral use of military force. The use of force under a far-fetched pretext is what this danger is all about. This multiplies the likelihood of new hot spots flaring up on our planet. This concerns us.

Colleagues, despite this tangle of differences and challenges, we certainly should keep a positive outlook on the future and remain committed to a constructive agenda. It would be naive to come up with universal miraculous recipes for resolving the above problems. But we certainly need to try to work out common approaches, bring our positions as close as possible and identify sources that generate global tensions.

Once again, I want to emphasise my thesis that accumulated socioeconomic problems are the fundamental reason for unstable global growth.

So, the key question today is how to build a programme of actions in order to not only quickly restore the global and national economies affected by the pandemic, but to ensure that this recovery is sustainable in the long run, relies on a high-quality structure and helps overcome the burden of social imbalances. Clearly, with the above restrictions and macro-economic policy in mind, economic growth will largely rely on fiscal incentives with state budgets and central banks playing the key role.

Actually, we can see these kinds of trends in the developed countries and also in some developing economies as well. An increasing role of the state in the socioeconomic sphere at the national level obviously implies greater responsibility and close interstate interaction when it comes to issues on the global agenda.

Calls for inclusive growth and for creating decent standards of living for everyone are regularly made at various international forums. This is how it should be, and this is an absolutely correct view of our joint efforts.

It is clear that the world cannot continue creating an economy that will only benefit a million people, or even the golden billion. This is a destructive precept. This model is unbalanced by default. The recent developments, including migration crises, have reaffirmed this once again.

We must now proceed from stating facts to action, investing our efforts and resources into reducing social inequality in individual countries and into gradually balancing the economic development standards of different countries and regions in the world. This would put an end to migration crises.

The essence and focus of this policy aimed at ensuring sustainable and harmonious development are clear. They imply the creation of new opportunities for everyone, conditions under which everyone will be able to develop and realise their potential regardless of where they were born and are living

I would like to point out four key priorities, as I see them. This might be old news, but since Klaus has allowed me to present Russia's position, my position, I will certainly do so.

First, everyone must have comfortable living conditions, including housing and affordable transport, energy and public utility infrastructure. Plus environmental welfare, something that must not be overlooked.

Second, everyone must be sure that they will have a job that can ensure sustainable growth of income and, hence, decent standards of living. Everyone must have access to an effective system of lifelong education, which is absolutely indispensable now and which will allow people to develop, make a career and receive a decent pension and social benefits upon retirement.

Third, people must be confident that they will receive high-quality and effective medical care whenever necessary, and that the national healthcare system will guarantee access to modern medical services.

Fourth, regardless of the family income, children must be able to receive a decent education and realise their potential. Every child has potential.

This is the only way to guarantee the cost-effective development of the modern economy, in which people are perceived as the end, rather than the means. Only those countries capable of attaining progress in at least these four areas will facilitate their own sustainable and all-inclusive development. These areas are not exhaustive, and I have just mentioned the main aspects.

A strategy, also being implemented by my country, hinges on precisely these approaches. Our priorities revolve around people, their families, and they aim to ensure demographic development, to protect the people, to improve their well-being and to protect their health. We are now working to create favourable conditions for worthy and cost-effective work and successful entrepreneurship and to ensure digital transformation as the foundation of a high-tech future for the entire country, rather than that of a narrow group of companies.

We intend to focus the efforts of the state, the business community and civil society on these tasks and to implement a budgetary policy with the relevant incentives in the years ahead.

We are open to the broadest international cooperation, while achieving our national goals, and we are confident that cooperation on matters of the global socioeconomic agenda

would have a positive influence on the overall atmosphere in global affairs, and that interdependence in addressing acute current problems would also increase mutual trust which is particularly important and particularly topical today.

Obviously, the era linked with attempts to build a centralised and unipolar world order has ended. To be honest, this era did not even begin. A mere attempt was made in this direction, but this, too, is now history. The essence of this monopoly ran counter to our civilisation's cultural and historical diversity.

The reality is such that really different development centres with their distinctive models, political systems and public institutions have taken shape in the world. Today, it is very important to create mechanisms for harmonising their interests to prevent the diversity and natural competition of the development poles from triggering anarchy and a series of protracted conflicts.

To achieve this we must, in part, consolidate and develop universal institutions that bear special responsibility for ensuring stability and security in the world and for formulating and defining the rules of conduct both in the global economy and trade.

I have mentioned more than once that many of these institutions are not going through the best of times. We have been bringing this up at various summits. Of course, these institutions were established in a different era. This is clear. Probably, they even find it difficult to parry modern challenges for objective reasons. However, I would like to emphasise that this is not an excuse to give up on them without offering anything in exchange, all the more so since these structures have unique experience of work and a huge but largely untapped potential. And it certainly needs to be carefully adapted to modern realities. It is too early to dump it in the dustbin of history. It is essential to work with it and to use it.

Naturally, in addition to this, it is important to use new, additional formats of cooperation. I am referring to such phenomenon as multiversity. Of course, it is also possible to interpret it differently, in one's own way. It may be viewed as an attempt to push one's own interests or feign the legitimacy of one's own actions when all others can merely nod in approval. Or it may be a concerted effort of sovereign states to resolve specific problems for common benefit. In this case, this may refer to the efforts to settle regional conflicts, establish technological alliances and resolve many other issues, including the formation of cross-border transport and energy corridors and so on and so forth.

Friends,

Ladies and gentlemen,

This opens wide possibilities for collaboration. Multi-faceted approaches do work. We know from practice that they work. As you may be aware, within the framework of, for example, the Astana format, Russia, Iran and Turkey are doing much to stabilise the situation in Syria and are now helping establish a political dialogue in that country, of course, alongside other countries. We are doing this together. And, importantly, not without success.

For example, Russia has undertaken energetic mediation efforts to stop the armed conflict in Nagorno-Karabakh, in which peoples and states that are close to us – Azerbaijan and Armenia – are involved. We strived to follow the key agreements reached by the OSCE Minsk Group, in particular between its co-chairs – Russia, the United States and France. This is also a very good example of cooperation.

As you may be aware, a trilateral Statement by Russia, Azerbaijan and Armenia was signed in November. Importantly, by and large, it is being steadily implemented. The bloodshed was stopped. This is the most important thing. We managed to stop the bloodshed, achieve a complete ceasefire and start the stabilisation process.

Now the international community and, undoubtedly, the countries involved in crisis resolution are faced with the task of helping the affected areas overcome humanitarian challenges related to returning refugees, rebuilding destroyed infrastructure, protecting and restoring historical, religious and cultural landmarks.

Or, another example. I will note the role of Russia, Saudi Arabia, the United States and a number of other countries in stabilising the global energy market. This format has become a productive example of interaction between the states with different, sometimes even diametrically opposite assessments of global processes, and with their own outlooks on the world.

At the same time there are certainly problems that concern every state without exception. One example is cooperation in studying and countering the coronavirus infection. As you know, several strains of this dangerous virus have emerged. The international community must create conditions for cooperation between scientists and other specialists to understand how and why coronavirus mutations occur, as well as the difference between the various strains.

Of course, we need to coordinate the efforts of the entire world, as the UN Secretary-General suggests and as we urged recently at the G20 summit. It is essential to join and coordinate the efforts of the world in countering the spread of the virus and making the much needed vaccines more accessible. We need to help the countries that need support, including the African nations. I am referring to expanding the scale of testing and vaccinations.

We see that mass vaccination is accessible today, primarily to people in the developed countries. Meanwhile, millions of people in the world are deprived even of the hope for this protection. In practice, such inequality could create a common threat because this is well known and has been said many times that it will drag out the epidemic and uncontrolled hotbeds will continue. The epidemic has no borders.

There are no borders for infections or pandemics. Therefore, we must learn the lessons from the current situation and suggest measures aimed at improving the monitoring of the emergence of such diseases and the development of such cases in the world.

Another important area that requires coordination, in fact, the coordination of the efforts of the entire international community, is to preserve the climate and nature of our planet. I will not say anything new in this respect.

Only together can we achieve progress in resolving such critical problems as global warming, the reduction of forestlands, the loss of biodiversity, the increase in waste, the pollution of the ocean with plastic and so on, and find an optimal balance between economic development and the preservation of the environment for the current and future generations.

My friends,

We all know that competition and rivalry between countries in world history never stopped, do not stop and will never stop. Differences and a clash of interests are also natural for

such a complicated body as human civilisation. However, in critical times this did not prevent it from pooling its efforts – on the contrary, it united in the most important destinies of humankind. I believe this is the period we are going through today.

It is very important to honestly assess the situation, to concentrate on real rather than artificial global problems, on removing the imbalances that are critical for the entire international community. I am sure that in this way we will be able to achieve success and befittingly parry the challenges of the third decade of the 21st century.

I would like to finish my speech at this point and thank all of you for your patience and attention.

Thank you very much.

Klaus Schwab: Thank you very much, Mr President.

Many of the issues raised, certainly, are part of our discussions here during the Davos Week. We complement the speeches also by task forces which address some of the issues you mentioned, like not leaving the developing world behind, taking care of, let's say, creating the skills for tomorrow, and so on. Mr President, we prepare for the discussion afterwards, but I have one very short question. It is a question which we discussed when I visited you in St Petersburg 14 months ago. How do you see the future of European-Russian relations? Just a short answer.

Vladimir Putin: You know there are things of an absolutely fundamental nature such as our common culture. Major European political figures have talked in the recent past about the need to expand relations between Europe and Russia, saying that Russia is part of Europe. Geographically and, most importantly, culturally, we are one civilisation. French leaders have spoken of the need to create a single space from Lisbon to the Urals. I believe, and I mentioned this, why the Urals? To Vladivostok.

I personally heard the outstanding European politician, former Chancellor Helmut Kohl, say that if we want European culture to survive and remain a centre of world civilisation in the future, keeping in mind the challenges and trends underlying the world civilisation, then of course, Western Europe and Russia must be together. It is hard to disagree with that. We hold exactly the same point of view.

Clearly, today's situation is not normal. We need to return to a positive agenda. This is in the interests of Russia and, I am confident, the European countries. Clearly, the pandemic has also played a negative role. Our trade with the European Union is down, although the EU is one of our key trade and economic partners. Our agenda includes returning to positive trends and building up trade and economic cooperation.

Europe and Russia are absolutely natural partners from the point of view of the economy, research, technology and spatial development for European culture, since Russia, being a country of European culture, is a little larger than the entire EU in terms of territory. Russia's resources and human potential are enormous. I will not go over everything that is positive in Europe, which can also benefit the Russian Federation.

Only one thing matters: we need to approach the dialogue with each other honestly. We need to discard the phobias of the past, stop using the problems that we inherited from past centuries in internal political processes and look to the future. If we can rise above these problems of the past and get rid of these phobias, then we will certainly enjoy a positive stage in our relations.

We are ready for this, we want this, and we will strive to make this happen. But love is impossible if it is declared only by one side. It must be mutual.

Klaus Schwab: Thank you very much, Mr President.

<http://www.luftpost-kl.de/>

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern